Infobrief Nr. 05/2018 vom 05.02.2018, 17. Jahrgang

Aus dem Europäischen Parlament

Europäische Paketmarktordnung macht grenzüberschreitende Sendungen transparent

Deutsche Lobbyisten wieder im Bremserhäuschen?

Der Verkehrsausschuss des EU-Parlaments hat dem Kompromiss mit den Mitgliedstaaten zu mehr Preis- und Kostentransparenz von grenzüberschreitenden Paketzustelldiensten mit großer Mehrheit zugestimmt.

Um die Paketpreise vor allem im europäischen Onlinehandel zu senken, soll es zu einer Ausweitung von Nachweisführung und Berichtspflicht kommen. Transparenz steht im Mittelpunkt. Deutschland hat zugestimmt, dennoch wird „Brüssel" wieder zum Buhmann gemacht. Was soll das?
Das Deutsche Verkehrsforum unterstützt angeblich das Transparenzbedürfnis von Verbrauchern und gewerblichen Versendern, kritisiert aber den erzielten Kompromiss. Es behauptet doch tatsächlich, dass die Paketzustellsysteme gut funktionieren und fairer Wettbewerb herrsche. Wo leben diese Herren? Testen Sie doch mal selbst den europäischen Onlinehandel in Verbindung mit Qualität, Kosten und Transparenz bei den Paketzustelldiensten. Jeder soll sein Geld verdienen, aber bitte nicht unfair auf Kosten der Verbraucher!
Da wird schnell mal mit dem Totschlagargument "Zurück in die Vergangenheit der staatlich regulierten Paketmärkte mit verordneten Festpreisen und ohne Leistungswettbewerb", welches „ein Signal in die falsche Richtung" sei, aufgewartet. Liebe Verbraucher, hier werdet ihr auf die falsche Fährte gelockt! Man will sich einfach nur nicht in die Karten schauen lassen!

Populismus in höchsten Kreisen diskreditiert lösungsorientierte Europapolitik

Bulgariens Politikspitzen bekämpfen sich gegenseitig

Was da in Bulgarien läuft, ist unerträglich! Die Trumps, Erdoğans und Putins dieser Welt kommen wahrscheinlich vor Lachen nicht in den Schlaf. Warum? Weil wir Europäer uns selbst zerlegen, kleinreden, handlungsunfähig machen. Und alles aus Selbstverliebtheit, Kurzsichtigkeit, Arroganz und Selbstgefälligkeit.
Bulgarien hat am 1. Januar die Präsidentschaft der Europäischen Union für sechs Monate übernommen. Anstatt ehrgeizig an die Lösung der wirklich nicht leichten Probleme zu gehen, macht man sich gegenseitig nieder – und weil's so schön ist, Angela Merkel gleich mit. Da kommt der Premierminister Bojko Borrissow nach Brüssel und stellt das bulgarische Programm der Staats- und Regierungschefs vor. Unter anderem regt er gemeinsam mit den Präsidenten der EU-Kommission und des Europäischen Parlaments einen EU-Türkei-Gipfel in Bulgarien an. Bundeskanzlerin Merkel begrüßt das.
Dann „schießt" der bulgarische Präsident Rumen Radew aus dem Hinterhalt: „Ich nehme […] es nicht hin, dass ein bulgarischer Regierungschef und eine deutsche Kanzlerin ihre Entscheidung zur Einladung eines ausländischen Staatsoberhauptes nach Bulgarien bekanntgeben." Und verschnupft setzt er gleich noch einen drauf: „Das ist nicht nur eine Beleidigung für Bulgarien, sondern es verletzt den Geist der Verfassung."
Ich bin einfach nur fassungslos! Die EU liefert und liefert und die Mitgliedstaaten blockieren, verhindern und verfälschen!

Abschaffung der Sommerzeit wird im Plenum debattiert

„Noch bis zum 8. Februar haben Sie die Chance, sich einzumischen“

Am Donnerstag ist es so weit: Das Plenum des EU-Parlaments wird über die Entschließung zur Abschaffung der Sommerzeit, die der Verkehrsausschuss auf den Weg gebracht hat, abstimmen. Der Initiative meines Kollegen Pavel Svoboda und mir haben sich etliche EU-Abgeordnete verschiedener Länder und politischer Familien anschlossen (im Foto: die Hauptunterstützer der Initiative).

Gut 20 Prozent der Bürger leiden maßgeblich unter der Zeitumstellung im März und im Oktober jeden Jahres. Etwa 80 Prozent der Bevölkerung ist es egal. Doch Ärzte, Psychologen und Selbsthilfegruppen von schlafgestörten Menschen bestätigen die negativen Auswirkungen auf Menschen, ob diese sie empfinden oder nicht. Wir wollen, dass Schluss ist mit der willkürlichen und unnötigen Zeitumstellung. Aber bitte in allen Staaten der EU!

Die Abstimmung im Plenum wird spannend werden: Nicht alle Kollegen sind überzeugt, dass die Abschaffung der Sommerzeit eine gute Sache ist. Bürgerinnen und Bürger haben noch bis zum 8. Februar die Chance, sich einzumischen und „ihren“ Abgeordneten die Entscheidung zu erleichtern. Sollte die Mehrheit dafür stimmen, muss die EU-Kommission eine Änderung der EU-Richtlinie, die die Zeitumstellung regelt, vorbereiten und EU-Parlament sowie Mitgliedstaaten zur Abstimmung vorlegen.

Mein Tipp für Sie: Debatte zur Abschaffung der Sommerzeit live mitverfolgen

Am Donnerstag diskutiert das Plenum der EU-Abgeordneten in Straßburg ab 9 Uhr über die Abschaffung der Sommerzeit. Sie können die Debatte live auf der Website des Parlaments mitverfolgen: Gehen Sie dazu auf die Seite *http://www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/*. Die deutsche Simultanübersetzung können Sie einstellen, indem Sie auf der Menüleiste unterhalb des Videos bei „Anhören auf“ die Sprache Deutsch auswählen. Mittels des oben genannten Links können Sie sich übrigens zu jeder Zeit live in die Debatten und Abstimmungen des Plenums einklinken. Auch die Ausschuss-Sitzungen sind öffentlich zugänglich. Klicken Sie hierzu auf *http://www.europarl.europa.eu/committees/de/draft-agendas.html* und wählen Sie aus der Liste der Ausschuss-Sitzungen rechts („Heutige Übertragungen“) die gewünschte Sitzung aus.

Sauberer Straßenverkehr

Als Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Transport“ in der parlamentarischen Intergroup „Klimawandel, Biodiversität und nachhaltige Entwicklung“ habe ich in Brüssel die Veranstaltung „Sauberer Straßenverkehr: Kann der Leichtbau eine Rolle spielen?“ organisiert. Referenten aus Wirtschaft, Verbraucherschutz und EU-Kommission sowie das Publikum waren sich einig: Der Verkehr muss sauberer werden! Die Reduzierung des Gewichts von Fahrzeugen ist eine von vielen, aber eine effiziente Maßnahme, um den Kraftstoffverbrauch zu reduzieren. Und sie ist bereits heute möglich. Leider wird sie häufig unterschätzt.

Aus meinem Wahlkreis

Nur mäßige Reaktionen auf die Kampagne der EU-Kommission „Welche Zukunft wollen Sie?“

„Bitte kontaktieren Sie mich, Ihre Meinung ist mir wichtig!“

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat vor einem Jahr fünf mögliche Szenarien zur Zukunft Europas skizziert. Sein Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger, sich an der Debatte zu beteiligen, war nur von mäßigem Erfolg gekrönt.

Auch meine Bemühungen, den Thüringern ihre Meinung darüber zu entlocken, wie es mit der EU weitergehen soll, liefen mehr oder weniger ins Leere. Nun frage ich mich natürlich, ob ich dieses Desinteresse als Zustimmung zu meiner Arbeit werten soll (im Sinne von: Kein Kommentar, bitte weiter so!) oder ob es gerade umgekehrt der Fall ist („Der Karren ist so an die Wand gefahren, dass es keinen Sinn macht, sich weiter darum zu bemühen“)? Da ich ein optimistischer Mensch und aus tiefstem Herzen Europäer bin, setze ich auf Ersteres. Aber einfach machen es Sie, liebe Thüringerinnen und Thüringer, mir manchmal nicht.
Denn wenn ich Ihre Wünsche und Meinungen nicht kenne, kann ich sie auch nicht in den europäischen Gesetzgebungsprozess einfließen lassen. Je weniger ich von Ihnen im persönlichen Gespräch oder per Post erfahre, desto mehr muss und kann ich mich nur auf meinen gesunden Menschenverstand verlassen.
Und der sagt mir zum Beispiel, dass die folgende „Top-Liste“ des jüngsten „Eurobarometers“ – eine in regelmäßigen Abständen von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Meinungsumfrage in den 28 Mitgliedsländern – auf die Thüringer nicht im gleichen Maße zutrifft wie im Ergebnis, das die Umfrage aufgezeigt hat. Die Befragten sollten sich dazu äußern, welche Themen sie als die größten Herausforderungen für die Europäische Union sehen. Sie konnten maximal drei Themen ankreuzen.
Herausgekommen ist dies: Für 39 Prozent der Befragten ist die Arbeitslosigkeit eines der dringendsten Probleme, das angepackt werden sollte, gefolgt von sozialer Ungerechtigkeit (36 Prozent), Migration (34), Terrorismus und Sicherheit (32), Verschuldung der EU-Staaten (22), unzureichendem Wirtschaftswachstum (19), Umweltschutz (18), Alterung in der EU-Bevölkerung (18), Instabilität in den Nachbarregionen der EU (12) und Wettbewerbsdruck durch Schwellenländer (10).
Hätten Sie, liebe Thüringer, auch so angekreuzt? Welche Themen sind Ihnen am wichtigsten? Bitte kontaktieren Sie mich, Ihre Meinung und Ihre Gedanken sind mir wichtig!

Fachtagung des PAD in Weimar

Der Pädagogische Austauschdienst (PAD) wird in diesem Jahr mit einer Reihe von Veranstaltungen und Aktivitäten zeigen, wie internationale Projekte und Schülerbegegnungen einen positiven Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung von Schülerinnen und Schülern nehmen können und so demokratische Bildung und Toleranz gefördert wird. Auf einer Fachtagung vom 13. bis 15. Mai in Weimar geht der PAD unter anderem der Frage nach, wie die Förderprogramme des internationalen Schulaustauschs Lehrkräfte dabei unterstützen können, Jugendlichen demokratische Haltungen und Toleranz gegenüber anderen Meinungen und Lebensweisen zu vermitteln. Die Tagung findet in Kooperation mit dem Erasmus+-Forum der deutschsprachigen Nationalen Agenturen für Erasmus+ statt. Anmeldeschluss ist der 28. Februar.
http://bit.ly/2nuRoEa

Städtewettbewerb “For Fair and Ethical Trade”

Alle zwei Jahre schreibt die Engagement Global gGmbH den Städtewettbewerb „Hauptstadt des Fairen Handels“ aus, bei dem sich deutsche Kommunen mit ihrem Engagement in den Bereichen fairer Handel, faire Beschaffung und nachhaltiger Konsum bewerben können. Diese Idee hat die Europäische Kommission nun aufgegriffen und schreibt den EU-weiten „EU Cities for Fair and Ethical Trade Award“ aus. Bis zum 13. April können sich alle Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern beteiligen und zeigen, wie sie sich für eine fairere und nachhaltigere Stadtgestaltung einsetzen. Den Sieger erwartet eine finanzielle Förderung der Kommission sowie technische Unterstützung des Internationalen Handelszentrums bei der Umsetzung der geplanten Aktivitäten. Mehr Informationen finden Sie unter:
http://www.trade-city-award.eu/

Service und Termine

★ Bundeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“
Gemeinsam mit den Ländern und Verbänden hat das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zum bundesweiten 26. Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ aufgerufen. Teilnehmen können Dorfgemeinschaften und Gemeindevertretungen in Orten und Ortsteilen bis 3.000 Einwohner. Gesucht sind Ideen und innovative Projekte zur Gestaltung eines attraktiven dörflichen Lebens. Mehr Informationen unter: *http://bit.ly/2GA2v6v*

★ Neue Partnergesuche – Antragsfrist endet bald
Die Einreichefrist für das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (EfBB) am 1. März naht. Europaweit sind viele Gemeinden und Organisationen auf der Suche nach Partnern für ihre Projekte oder möchten sich Projekten anschließen. Eine Auflistung aller Partnergesuche finden Sie auf der deutschen EfBB-Internetseite unter:
http://kontaktstelle-efbb.de/index.php?id=19

★ Film: Duale Berufsausbildung in Deutschland
Der YouTube-Kanal des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) hat neue Kurzfilme in elf Sprachen zum dualen Ausbildungssystem in Deutschland veröffentlicht. Eine gute Möglichkeit, zum Beispiel Ihrem potenziellen oder zukünftigen Partnerbetrieb den Hintergrund der Berufsbildung in Deutschland näher zu bringen. Zur Videoübersicht geht’s hier:
https://www.youtube.com/user/BIBBde/videos

★ Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen
Wie sieht die nächste Solarzellen-Generation aus? Können Bildungssysteme Lohnunterschiede ausgleichen? Wie können unsere Städte Regenwasser sinnvoll nutzen? Mit solchen und ähnlichen Themen beschäftigen sich die 1348 Marie-Skłodowska-Curie-Stipendiaten, die jetzt von der EU-Kommission bekanntgegeben wurden. Sie werden mit insgesamt knapp 250 Millionen Euro gefördert. Die erfolgreichen Bewerber hatten sich aus mehr als 9000 Bewerbungen durchgesetzt. Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen sind Teil des europäischen Programms „Horizont 2020“. Das Förderprogramm wurde eingerichtet, um die länder- und sektorübergreifende Mobilität von Wissenschaftlern zu unterstützen. Zudem sollen wissenschaftliche Laufbahnen attraktiver und der Forschungsstandort Europa noch interessanter werden. Mehr Informationen zu den Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen erhalten Sie unter:
https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/about_de

★ Personalstärke der EU-Kommission im Vergleich
33.000 Personen arbeiten in der EU-Kommission. Zum Vergleich: Die Stadtverwaltung Köln hat eine Personalstärke von 17.000, München 35.000 und das Land Berlin hat 110.000 Mitarbeiter. Diese Zahlen hat der Deutsche Industrie- und Handelskammertag veröffentlicht.

★ Konsultation zur Entwicklung des ländlichen Raums
Die EU-Kommission möchte die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums von 2007 bis 2013 bewerten und hat dazu eine öffentliche Konsultation gestartet. Interessensgruppen, Unternehmen und Privatpersonen können sich bis 20. April zum Thema äußern. Die Ergebnisse fließen in kommende Vorschläge der Kommission ein.
https://ec.europa.eu/info/consultations/performance-rural-development-programmes-2007-2013-period_de

★ Verhandlungsstand des Abkommens EU – Mercosur
Die EU-Kommission hat den Bericht über die kürzlich abgeschlossene Verhandlungsrunde der Handelsgespräche mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) veröffentlicht. Der Bericht zeigt die Fortschritte in allen zu verhandelnden Kapiteln auf und kann hier (auf Englisch) heruntergeladen werden:
http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/january/tradoc_156529.pdf

Für Sie in Europa

evp - fraktion im europäischen parlament

Impressum

Dr. Dieter-L. Koch, MdEP
Europabüro
Frauenplan 8
99423 Weimar

Tel. 03643 50 10 07
Fax 03643 50 10 71
www.europaabgeordneter.eu
info@europaabgeordneter.eu
www.facebook.com/europaabgeordneter

CDU

Groß-Britannien und die Europäische Union

Das Land Groß-Britannien

Das Land Groß-Britannien gehört zur EU.
Eigentlich heißt es: das Vereinigte Königreich Groß-Britannien und Nord-Irland.
Wir sagen aber meist nur: Groß-Britannien.

Groß-Britannien setzt sich aus 4 Landes-Teilen zusammen: aus England, Wales, Schottland und Nord-Irland.
Die Menschen in Groß-Britannien heißen Briten.

Das Referendum

Alle Briten durften vor 2 Jahren darüber abstimmen, ob Groß-Britannien in der EU bleiben soll.
Leider haben sich nur wenige Menschen an der Abstimmung beteiligt.

Bei der Abstimmung kam aber heraus, dass über die Hälfte dieser Menschen aus der EU austreten will.
Also hat die britische Regierung zur EU gesagt: Wir wollen nicht mehr Mitglied in der EU sein.
Seitdem streiten sich Groß-Britannien und die anderen europäischen Länder.

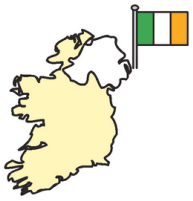
Darum geht es in dem Streit

Die anderen europäischen Länder wollen zum Beispiel, dass Groß-Britannien seinen Teil von den Rechnungen bezahlt.

Denn Groß-Britannien und die anderen Länder haben gemeinsam viele Verträge unterschrieben.
Diese Verträge kosten sehr viel Geld und können auch nicht rückgängig gemacht werden.
2 Länder haben außerdem ganz besondere Probleme, wenn Groß-Britannien aus der EU austritt.
Diese Länder sind Irland und Schottland.

Das Land Irland

Das Land Irland und Nord-Irland waren früher ein gemeinsames Land.
Dieses Land hieß einfach nur Irland.



Dann gab es Krieg.
Die Kriegs-Chefs haben eine Grenze gezogen.
Nord-Irland gehört seitdem zu Groß-Britannien.
Der Süden hat seinen Namen Irland behalten.
Jetzt gibt es Frieden.
Die Grenze ist noch da.
Aber man sieht sie nicht mehr.
Denn in der ganzen EU sieht man die Grenzen nicht mehr.

Gibt es wieder Krieg?

Wenn Groß-Britannien aus der EU austritt, muss Groß-Britannien wieder eine Grenze zwischen Nord-Irland und Irland bauen.

Das wollen die Menschen in Irland aber nicht.
Vielleicht gibt es deswegen wieder Krieg.

Waren werden an der Grenze kontrolliert

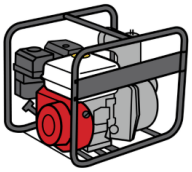
Die Menschen in Irland verkaufen außerdem viele Waren in die anderen europäischen Länder.

Sie kaufen auch viele Waren aus den anderen europäischen Ländern.

Wenn es wieder eine Grenze gibt, müssen diese Waren an der Grenze kontrolliert werden.
Grenz-Polizisten werden kontrollieren, ob die Waren alle Gesetze von der EU einhalten.
Das dauert lange und kostet viel Geld.

Ein Beispiel: Ford

Die Auto-Firma Ford hat zum Beispiel errechnet:
Sie muss 20 Tausend Seiten Papier für einen Auto-Motor ausfüllen, wenn es wieder eine Grenze um Groß-Britannien herum gibt.



Die Firma Ford baut Auto-Motoren in Groß-Britannien und verkauft sie in die EU.

Lange Staus an der Grenze

Eine andere Firma hat ausgerechnet, wie lang die Staus im Hafen von der Stadt Dover werden, wenn es wieder eine Grenze um Groß-Britannien herum gibt.
Die Stadt Dover liegt am Meer.
Sie gehört zu Groß-Britannien.
Im Hafen von der Stadt Dover kommen viele Laster und Schiffe mit Waren aus der EU an.
Die Firma hat errechnet:

Wenn die Grenz-Polizisten nur 2 Minuten brauchen, um jeden Laster zu kontrollieren, dann gibt es einen Stau von 27 Kilometern.
Wenn es 8 Minuten sind, dann reicht der Stau sogar bis nach London.
London ist die Hauptstadt von Groß-Britannien.
London liegt weit weg von der Stadt Dover.

Das Land Schottland

Die meisten Menschen in Schottland wollen in der EU bleiben.

Die Menschen in Schottland heißen Schotten.
Die Schotten denken jetzt darüber nach, ob sie aus dem Vereinigten Königreich von Groß-Britannien austreten sollen.
Dafür muss die Regierungs-Chefin aber eine Abstimmung durchführen.

Wie können wir Schottland und Irland helfen?

Wie können wir Schottland und Irland bei ihren Problemen helfen?

Ehrlich gesagt: Ich weiß es nicht.
Es ist alles sehr kompliziert.
Am besten ist, wenn Groß-Britannien in der EU bleibt.

Wenn Groß-Britannien in der EU bleibt

Denn dann wird es viele Probleme nicht geben.
Es wird keine Grenzen geben und die Waren können einfach von einem Land in ein anderes Land gebracht werden.

Noch können es sich die Briten anders überlegen.
Sie können in der EU bleiben.
Das ist mein Wunsch.
Vielleicht wird sich mein Wunsch ja erfüllen.